

# Aufbruch zum Durchbruch

In Kärnten steht die entscheidende Verhandlungsrunde für die Ortstafellösung bevor. Trotz Störmanövern auf der Zielgeraden: Eine historische Chance ist zum Greifen nahe.

„Wer Ängste schürt, der schadet dem Land. Heute sind Brücken zu bauen, die Leute wollen eine Lösung.“

Gerhard Dörfler

ANDREA BERGMANN

Durchaus möglich, dass sich Kärntens Landeshauptmann Gerhard Dörfler (FPK) sein Jubiläum, zehn Jahre Mitglied der Landesregierung zu sein, auf besondere Weise krönen kann: Wenn aus den positiven Signalen der letzten Monate ein rechtskonformes, umsetzbares Paket wird, dann hat Kärnten bald die längst fällige Lösung für zweisprachige Ortstafeln. Und Dörfler würde in den Geschichtsbüchern als der genannt, in dessen Amtszeit es zur Einigung kam.

Am Freitag steht auf Einladung von Staatssekretär Josef Oster-

mayer (SPÖ) und Dörfler die nächste Verhandlungsrunde mit den Vertretern der drei Slowenenorganisationen an. Wenn dabei Einigkeit erreicht wird, sollte es an der Zustimmung der Kärntner Parteichefs, der Heimatverbände und Bürgermeister in Unterkärnten nicht scheitern. Offen ist aber, wie sich der Rat der Slowenen verhält. Seit der Diplomat Valentin Inzko dort Obmann ist, gab es Signale für eine Konsenslösung. Doch zwischenzeitliche Maximalforderungen warfen die Frage auf, ob sich Inzko in den eigenen Reihen durchsetzen kann. Dennoch: Vom „Aufbruch zum Durchbruch“ war zuletzt die

KLAGENFURT, SONNTAG, 27. MÄRZ 2011

www.kleinezeitung.at

SONNTAG  
KLEINE  
ZEITUNG

Wie viele zweisprachige Tafeln künftig in Kärnten stehen sollen, ist noch offen

GERT EGGENBERGER (3)

Rede. Fragezeichen bleiben dennoch.

## Große Veränderungen

Wobei in Kärnten quasi vorverhandelt wird, zuständig ist dann das Parlament in Wien. Doch warum soll im Jahr 2011 möglich sein und Bundeskanzler Werner Faymann (SPÖ) als Verantwortlichem für Volksgruppenfragen gelingen, was 2006 ÖVP-Kanzler Wolfgang Schüssel und 2007 Kanzler Alfred Gusenbauer (SPÖ) versagt geblieben ist, weil SPÖ bzw. ÖVP Stopp sagten?

Mehrere Faktoren haben sich gravierend verändert, seit 2001 der Verfassungsgerichtshof die

Ortstafelverordnung aufgehoben und vom Gesetzgeber eine Neuregelung gefordert hat: Bis dahin galten 25 Prozent slowenischsprachige Bevölkerung in einer Ortschaft als Basis für zweisprachige Ortstafeln. Der VfGH empfahl hingegen ab zehn Prozent.

Die Bevölkerung ist des Ortstafelthemas müde geworden, will es erledigt haben. Es gibt existenziell wichtigere Themen. Dörfler hat diese Stimmung erkannt und sich schlussendlich in seiner Partei FPÖ durchgesetzt. Laut Umfrage wollen 86 Prozent der Kärntner eine Lösung. Auch, weil man über Jahre die (mediale) Lachnummer oder, ernsthafter

## DIE SCHLÜSSELFIGUREN IM ORTSTAFEL-STREIT



**Rudi Vouk**, Anwalt und Slowenenvertreter, bewirkte per Selbstanzeige nach Schnellfahren, dass der Verfassungsgerichtshof die Ortstafelregelung prüfte.



**Bundeskanzler Wolfgang Schüssel** suchte nach dem VfGH-Erkenntnis von 2001 nach einer Ortstafellösung.



**Die Konsensgruppe** mit Vertretern von Slowenienwie Heimatverbänden und Moderator Stefan Karner (2. von rechts) ist seit 2005 um Verständigungsarbeit in Kärnten bemüht.

FRITZ-PRESS



betrachtet, das Land war, in dem Höchstgerichte von freiheitlichen Politikern verhöhnt wurden: etwa als der damalige Landeshauptmann Jörg Haider mit Ortstafelverrückungen „seine“ Lösung inszenierte.

### Urängste

Bei Wahlen war die Ortstafelfrage emotionales Wahlkampfthema („Kärnten bleibt einsprachig“), wurden Urängste von der Slowenisierung Kärntens geschürt. Mehrmals haben die Freiheitlichen mit dem Sammeln von Unterschriften für Volksbefragungen Zwischenwahlkämpfe geführt. National gestimmte

SPÖ-Bürgermeister waren gerne mit dabei, die rote Landesspitze tat sich schwer, offensiv für eine Lösung einzutreten. Die ÖVP blieb weitgehend zurückhaltend.

Dass Urängste (Stichworte Abwehrkampf, Ortstafelsturm) abgebaut wurden, dazu hat nicht nur beigetragen, dass Slowenien längst EU-Mitglied ist. Einen großen Beitrag zur veränderten Stimmung im Land hat die Verständigungsarbeit der Konsensgruppe geleistet. Sie wurde 2005 von Kanzler Schüssel und Haider eingesetzt, um im Vorfeld der Politik an einer Ortstafellösung zu arbeiten. Erstmals in Kärnten ziehen seither Vertreter von Slowe-

nen- wie Heimatverbänden an einem Strang; als Moderator agiert der Historiker Stefan Karner. Ergebnis war das Karner-Papier mit 158 Ortstafeln. Es war 2006 Basis für den Schüssel-Haider-Vorschlag (141 Ortstafeln) und 2007 für das Gusenbauer-Papier (163).

In der Bandbreite rund um die 163 Ortstafeln dürfte sich die jetzt angepeilte Lösung abspielen. Man wolle sich „in der Mitte der Brücke treffen“, so Dörfler. 15 oder 17,5 Prozent Slowenenanteil als Basis für zweisprachige Tafeln, so werden derzeit die Listen erarbeitet, ist zu hören. Als Motor wie sensibler Mediator bei den Verhandlungen agiert Staatssekretär Ostermayer. Er hat Detailkenntnisse, ist sich bewusst, was zumutbar und machbar ist.

### Strache mischt mit

Zugeständnisse und Abstriche haben zuletzt alle Beteiligten gemacht: Eine Öffnungsklausel für zukünftig neue Ortstafeln wird es nicht geben. Eine Minderheitenfeststellung auch nicht. Die Volksbefragung in Unterkärnten über das Lösungspaket schon, ein Förderpaket für zweisprachige Institutionen ebenso.

Und dann? Ist sich Kärnten einig, ist das Parlament in Wien am Zug. Um die Ortstafellösung in den Verfassungsrang zu heben, braucht es eine Zwei-Drittel-Mehrheit, also zu SPÖ und ÖVP die Stimmen der FPÖ. Deren Parteichef Heinz-Christian Strache junktiniert plötzlich die Zustimmung mit der Anerkennung der Altösterreicher als Volksgruppe durch Slowenien. Dörfler hat also einen weiteren Verhandlungspartner. Vielleicht hilft es ja, dass die FPÖ in Kärnten mit Dörflers FPK verbündet ist.

Offen gesagt Seite 8

## CHRONOLOGIE

**1955.** Im Staatsvertrag sind die Rechte für die slowenische und kroatische Volksgruppe in Österreich verankert, darunter zweisprachige Ortsbezeichnungen. Volksgruppenfragen sind Bundeskompetenz.

**1972.** Die Regierung unter Kanzler Bruno Kreisky (SPÖ) beschließt das Aufstellen zweisprachiger Ortstafeln in 205 Unterkärntner Ortschaften mit mindestens 20 Prozent Anteil slowenischsprachiger Bevölkerung. Die Bewohner Unterkärntens werden nicht vorinformiert, die Empörung über die Tafeln kanalisiert sich im Ortstafelsturm.

**1976.** Im Parlament in Wien wird das Volksgruppengesetz beschlossen. Ab einem Slowenenanteil von 25 Prozent müssen zweisprachige Ortstafeln aufgestellt werden.

**1976.** Dem Volksgruppengesetz folgt die Topografieverordnung für 91 zweisprachige Ortstafeln, die aber nie vollzählig aufgestellt werden.

**2001.** Der Verfassungsgerichtshof bewertet die 25-Prozent-Quote als zu hoch, hebt Teile des Volksgruppengesetzes und der Topografieverordnung auf und empfahl ab zehn Prozent. Anlass für das erste Erkenntnis war eine Selbstanzeige von Slowenenvertreter und Anwalt Rudi Vouk nach einer Geschwindigkeitsüberschreitung im einsprachig beschilderten St. Kanzian am Klopeiner See.

**2005.** Seit 2005 versuch(t)en die Bundeskanzler Wolfgang Schüssel (ÖVP), Alfred Gusenbauer (SPÖ) und nun Werner Faymann (SPÖ) eine Ortstafellösung zu erreichen.



**Jörg Haider**, der frühere Landeshauptmann, nützte die Ortstafelfrage (samt Verrückungen), um politisch und medial zu punkten.

RAUNIG, AP, APA (2)



**Bundeskanzler Alfred Gusenbauer** (SPÖ) schaffte 2007 wegen des Neins der ÖVP keine Lösung.



**Neuer Anlauf:** Im Auftrag von Kanzler Werner Faymann (SPÖ) verhandelt derzeit Staatssekretär Josef Ostermayer mit großem Engagement die Ortstafellösung.



**Landeshauptmann Gerhard Dörfler**, mit Valentin Inzko und Ostermayer, verweist auf eine Umfrage: 86 Prozent der Kärntner wollen Lösung.

REINHOLD  
DOTTOLO



## OFFEN GESAGT

Kärnten ohne Ortstafelstreit? Die Hoffnung ist da. Vor zu frühem Jubel sei aber gewarnt.

# Mit beschränkter Haftung

Streng nach der Papierform können sich die Jubelchöre formieren. Landeshauptmann Gerhard Dörfler und der Chefverhandler aus Wien, Staatssekretär Josef Ostermayer verstehen sich. Bei den Kärntner Slowenen entscheidet Valentin Inzko mit, ein Diplomat, der die Bandbreite zwischen Notwendigem und Unmöglichem kennen sollte. Und die Stimmung im Lande ist – was das Kärntner Endlos-Thema betrifft – entspannter denn je. Kurzum: Die Langzeit-Streiterei um mehr zweisprachige Ortstafeln könnte in Kärnten bald der Vergangenheit angehören.

Dies in der Möglichkeitsform auszudrücken, hat Gründe. Schon zwei Mal schien ein Ende des anachronistischen Tauziehens nahe zu sein. Zwei Mal hieß es aber zurück an den Start. Ein Mal, weil Rot Schwarz-Blau den Erfolg nicht gönnte, ein Mal weil Schwarz einen solchen den Roten nicht zubilligen wollte. Womit wir beim Kern Sache wären. In

Kärnten geht es – was das Zusammenleben der Menschen beider Sprachen betrifft – nicht nur um Ängste, die in der Vergangenheit wurzeln und um Rechte, die nicht in ausreichendem Maß gewährt werden. Es geht auch um politische Kleingeldwechsellereien für welche die Ortstafelfrage laufend missbraucht wurde.

Wahrscheinlich wurde deswegen die sogenannte Konsensgruppe so vehement angegriffen. Widersetzte sie sich doch der üblen Praxis des gegenseitigen Ausspielens und gab eine schlüssige Devise aus: Alle wesentlichen Kräfte sollten im Interesse des Landes gemeinsam einen Kompromiss finden. Nichts anderes ist nun im Gange. Wenn die Verhandlungspartner jetzt über die letzten Hürden zu springen versuchen, dann hat dies aber nichts mit einer Erleuchtung zu tun, die sie getroffen hat wie ein Sonnenstrahl vom Karawankenhimmel. Die Politik hat erkannt, dass mit einem Auf-

schaukeln der Volksgruppenfrage keine Blumentöpfe mehr zu gewinnen sind. Im Gegenteil: Dabei zu sein, wenn der Schlussstrich unter das Kapitel Ortstafeln gezogen wird, könnte imagefördernd und politisch nützlich sein.

Sicher ist allerdings, dass die in Kärnten erzielte Lösung im Parlament mit einer Zwei-Drittel-Mehrheit verfassungsrechtlich abgesichert werden muss. Dazu benötigen SPÖ und ÖVP auch die FPÖ. Und das ergibt noch immer Unwägbarkeiten. Gönnen die Freiheitlichen neben ihrem Landeshauptmann Gerhard Dörfler auch Josef Ostermayer und damit Kanzler Werner Faymann einen derartigen Imageimpuls? Jüngste Forderungen Heinz Christian Straches deuten an, dass das alte Spiel wieder von vorne beginnen könnte. Die Hoffnung, die Kärnten schöpft, ist somit eine mit beschränkter Haftung.

Sie erreichen den Autor unter  
kchefredakteur@kleinezeitung.at